

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 65, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-293
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 65, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2500-2507

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Beschluß des Kabinetts Baldwin.

Aufgeben des Widerstandes nicht gefordert.

London, 12. Juni. (EE.) Über die Beschlüsse des Kabinettsrats, der gestern um 6 Uhr nachmittags zusammentrat und länger als eine Stunde über die Reparationsvorschläge beriet, verlautet nunmehr, daß hierbei das französische Verlangen, Deutschland aufzufordern, seinen passiven Widerstand einzustellen, bevor Verhandlungen über die Reparationsfrage beginnen könnten, als „unpraktisch“ befunden wurde. Das englische Kabinett sei vielmehr der Ansicht, daß bei der gegenwärtigen Geistesverfassung Deutschlands keine deutsche Regierung am Ruder bleiben könnte, die die Verordnungen bezüglich des Widerstandes gegen die französisch-belgische Befehle wieder aufheben wolle. Man müsse sogar befürchten, daß eine etwaige Zurückziehung der Regierungsverordnungen eine Revolution in Deutschland zum Ausbruch bringen würde und eine kommunistische Bewegung im Gefolge hätte. Da die englische Regierung den Bruch mit Frankreich vermeiden möchte, begnügte sie sich damit, eine Anregung auszusprechen, die dem französischen Kabinett noch heute übermittelt werden soll. Darin werde England erklären, die von Deutschland angebotene Reparationssumme sei allerdings unzureichend und Deutschland müsse wenigstens sozial anbieten, wie Bonar Law auf der Pariser Januar-Konferenz gefordert hatte. Aber sonst könnten die deutschen Reparationsangebote sicherlich eine Grundlage für interalliierte Besprechungen bilden. Falls Frankreich jedoch dabei verharre, daß vorher der Widerstand eingestellt werden müsse, so werde England solches Kompromiß anregen: Die Alliierten setzen eine Kommission von Sachverständigen ein, die festzustellen hätte, was Deutschland wirklich bezahlen kann, und die sich auch mit der Frage der interalliierten Schulden und der Sicherheit Frankreichs beschäftigen könnte. Wenn nach den Arbeiten dieser Kommission unter den Alliierten ein Einvernehmen zustande käme, wäre die englische Regierung bereit, bei Deutschland Vorstellungen zu erheben und ihm zu raten, seinen passiven Widerstand abzubrechen.

Paris, 12. Juni. (WZ.) Havas berichtet heute nacht über das Ergebnis des englischen Kabinettsrates, der eine Stunde gedauert habe. Der Standpunkt des englischen Kabinetts könne wie folgt gekennzeichnet werden: Die britische Regierung glaubt, daß es nicht möglich sei, als Bedingung für jede interalliierte Verhandlung die Einstellung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet zu verlangen und daß die große Gefahr einer kommunistischen Reaktion entstehen könnte. Die englische Regierung präferiere dann, daß es ihr sehr erwünscht sei, jeden Bruch zu vermeiden. Aber sie erkläre, daß nach ihrer Ansicht Verhandlungen unter den Alliierten auf der Grundlage des deutschen Memorandums stattfinden könnten; sie erkenne jedoch an, daß die in dem Memorandum enthaltenen Ziffern nicht annehmbar seien und unter dem bleibe, was Bonar Law im Januar vorgeschlagen habe. Das englische Kabinett schlage deshalb vor, den deutschen Plan abzuändern und Deutschland dahin zu bringen, die Ziffern des Plans Bonar Laws anzunehmen. Die britische Regierung sei davon überzeugt, daß das Deutsche Reich einem ähnlichen Vorschlag zustimmen würde. Wenn die französische Regierung der Ansicht sei, daß ihr Standpunkt aufrechterhalten werden müsse, so schlage die britische Regierung vor, eine Konferenz alliierter Sachverständiger zusammenzurufen, die die Mission haben sollten, eine Untersuchung über die allgemeine Lage Deutschlands vorzunehmen und die Ziffern zu bestimmen, auf die man die Reparationszahlungen Deutschlands aufbauen könne.

Der Eindruck in Paris.

Paris, 12. Juni. (EE.) Zu den gestrigen Beschlüssen des englischen Kabinetts schreibt der „Petit Parisien“: Es würde nichts nützen, zu verheimlichen, daß dem Einvernehmen unter den Alliierten große Schwierigkeiten entgegenstehen. — Der „Matin“ sagt: Man muß wissen, daß die französische Regierung in ihrem Geiste der Versöhnlichkeit sehr weit gegangen war. Sie hatte vergessen, daß England sich im Januar von Frankreich getrennt hatte und daß dies den ersten Schritt zu tun hätte, um sich wieder mit Frankreich zu vereinigen. Dem französischen Botschafter in London wurden sehr weitgehende Vollmachten erteilt, nicht nur, den französischen Standpunkt, wie er sich gegenwärtig darstellt, klarzulegen, sondern auch, um Frankreichs sehr gemäßigte und sorgfältig vorbereitete Anschauungen über die Reparationsfrage bekanntzugeben. Wenn Großbritanniens unter diesen Bedingungen fortfährt, Deutschland zu ermutigen, den Widerstand als gerechtfertigt zu betrachten, darf es sich nicht mehr über die Folgen eines wirtschaftlichen Kampfes (!) beklagen, den Frankreich dann zu Ende zu führen entschlossen ist. — Der „Gaulois“ sagt: Die gegenwärtige Stunde ist sehr schwer und kann

für die Allianz entscheidend

sein. Abgemauert muß werden, welchen Eindruck die englischen Beschlüsse auf die Kabinette von Rom und Brüssel ausüben werden. — Berliner im „Echo de Paris“ schreibt: Man befürchtet, daß die englischen Minister den wesentlichen Zug der französischen Politik nicht recht gut begriffen haben. Gegenwärtig scheint es uns weniger bedeutsam, mehr oder weniger ungewisse Zahlen zu nennen. Es kommt uns vielmehr hauptsächlich auf das Garantiesystem an. Dieses wird im besetzten Gebiet seit fünf Monaten mühsam aufgebaut. Frankreichs Wert ist noch nicht vollständig, und es kann seine Anstrengungen erst unterbrechen, wenn das Reich alle Waffen niedergelagt hat, deren es sich gegen Frankreich bedient.

Paris, 12. Juni. (Eca.) Die Blätter der Linken sehen ihre Beschlüsse an, daß diese nicht länger für die Zurschickung eines französisch-belgischen Reparationsplans gefordert hätte; damit diese nunmehr dem englisch-deutschen Plan gegenüberstellen könne. Zweifellos sei die Regierung Poincaré in der Lage, die englischen Vor-

schläge immer noch abzuweisen. Die Tatsache, daß England Vorschläge als Verhandlungsbasis ansieht, die die französische Regierung nicht nur als unannehmbar, sondern als

einer Debatte unwürdig

erkläre, würde zu den schwersten Konflikten, die man je erlebt habe und einem völligen Zusammenbruch des Versailler Vertrages und der Reparationskommission führen, die allein beauftragt sei, diesen Vertrag in Anwendung zu bringen. Außerdem könne England noch die Frage der Schulden Frankreichs aufwerfen. In einem solchen Moment würde Frankreich sich doch wohl dazu entschließen müssen, die Reparationsfrage, die nicht so sehr mit der der interalliierten Schulden verbunden ist, in ihrer Gesamtheit zu besprechen. Wir würden uns einem feindlichen, statt einem verbündeten England gegenübersehen. Die Lösung würde dadurch nicht erleichtert, da es nun doch einmal außer Zweifel steht, daß zwischen Frankreich und England eine große Aussprache stattfinden muß. Ist es da nicht besser, fragte Douvenot, daß man zunächst eine Aussprache ermöglicht, anstatt sich zuerst zu entzweien, und dann die Unterredungen aufnimmt?

Belgien und die britische Politik.

Paris, 12. Juni. (EE.) Der Brüsseler Korrespondent des „Deure“ meldet, daß Poincaré es genehmigt sei, der vor der Brüsseler vorgeschlagen hatte, die belgischen Reparationspläne an England und Italien zu übermitteln. Wenn sich die Uebergabe der belgischen Anträge verzögerte, so treffe die Schuld daran nicht Paris, sondern Brüssel, das befürchtet hatte, eine vorzeitige Aktion könnte dem Endergebnis schaden. Brüssel wollte übrigens auch der Zustimmung Frankreichs sicher sein, bevor es das Terrain anderweitig sondierte. Nachdem nunmehr der belgische Botschafter Baron Roncheur der englischen Regierung die belgischen Anträge bekanntgegeben habe, könne man sagen, daß diese die volle Zustimmung des französischen Ministerpräsidenten gefunden hätten. Die Absichten, die Stanley Baldwin und Mac Kenna in der Reparationsfrage haben sollen, erregten in offiziellen Kreisen großes Interesse. Solange aber kein offizieller Vorschlag vorliege, sei es nicht möglich, die englischen Anschauungen näher zu erörtern. Man erkläre aber bereits, daß wenn Deutschland nur die Zinsen für eine Anleihe und deren Amortisierung bezahlen wolle, das Defizit in der Reparationssumme für Frankreich und Belgien sehr groß wäre. Belgien gab nur Anleihen über drei Milliarden Franc aus, während es bereits 16 Milliarden an die Geschädigten verauslagte. Infolgedessen müßten auch noch andere Zahlungen durch Deutschland vorgesehen werden als die, die das englische Kabinett beantragen zu wollen scheint. Im großen und ganzen ist man im belgischen Finanzministerium wegen der englischen Absichten nicht sehr optimistisch.

Kanzlerrede in Karlsruhe.

Karlsruhe, 12. Juni. (WZ.) Reichskanzler Dr. Cuno traf heute abend in Begleitung des Reichswirtschaftsministers Becker, Staatssekretärs Hamann und Staatssekretärs Brugger hier ein und hatte mit der badischen Regierung Besprechungen. Dann fand ein Empfang beim Staatspräsidenten statt. Nach einer kurzen Begrüßungsansprache des Staatspräsidenten, in der dieser auf die schwere Lage hinwies, die durch den Einbruch fremder Gewalt über das Land gekommen sei, ergriff der Reichskanzler das Wort.

Er stehe vor dem Ende einer Reise, die ihn nach Münster, Ebersfeld und Heidelberg geführt habe. Dabei sei ihm aus allen Schichten des besetzten Gebiets und des Einbruchgebiets einstimmig versichert worden, daß die Bevölkerung dieser Gebiete den Abwehrkampf bis zu einem guten Ende durchführen wolle. Der Abwehrkampf in den besetzten Gebieten und im Einbruchgebiet sei spontan aus der Bevölkerung heraus emporgegangen. Besonders von Arbeitnehmersseite sei klar und deutlich zum Ausdruck gebracht worden, daß die Bevölkerung selbst die volle Verantwortung für den Abwehrkampf trage. Zu einem guten Ende des Kampfes gehöre es vor allen Dingen, daß Fern, die Pfalz und das ganze Rheinland, überhaupt alle besetzten Gebiete unversehrt beim Reich und den Ländern blieben, zu denen sie gehörten. In dieser Beziehung gebe es für die Reichsregierung, die Landesregierungen und für die Bevölkerung keine Kompromisse und keine Konzessionen. Der Reichskanzler wies darauf hin, daß die Reichsregierung bestrebt sei, den uns aufgezwungenen Kampf für alle Kreise der Bevölkerung zu lindern. Der Kampf sei zwar schwer, aber er werde mit voller Einigkeit des ganzen deutschen Volkes geführt. Es gebe keinen Gegenlag — bei keiner Partei, bei keiner Wirtschaftsgruppe — in der einen Frage, daß das Reich unverletzt bleiben müsse. Unter dieser Parole ständen Nord und Süd einig und fest zusammen. Unter dieser Parole werde der aufgezwungene Kampf zu einem guten Ende geführt werden. Dieser Kampf sei aufgezwungen worden, denn die Reichsregierung habe in voller Aufrichtigkeit ihre Erfüllungsbereitschaft in den Grenzen des Möglichen betont gehabt.

Dollar 84000.

Kein Optimismus an der Börse.

Nachdem aus Paris und London vorliegenden Meldungen läßt sich immer noch kein klares Bild über den Stand der Reparationsfrage gewinnen. Doch läßt der Beschluß des englischen Kabinettsrats, Deutschland dahin zu bringen, die Ziffern des Bonar Law'schen Planes anzunehmen, keinerlei Optimismus zu. Dies machte sich auf dem Devisenmarkt in einer ziemlich festen Tendenz bemerkbar. Der Dollar notierte mit 84000 und das englische Pfund mit 355000 M.

Auch auf dem Effektenmarkt hielt die gestrige starke Nachfrage im Bureauverkehr weiter an. Am meisten begehrt sind Fordwerte und Raupapiere.

Sachsen und Thüringen.

Kommunistische Arbeiterpolitik.

Die ungeheure wirtschaftliche Not, die auswärtiger Druck und kurzfristig-egoistische Klassenpolitik der bürgerlichen Wirtschaftskreise in Deutschland erzeugen, begünstigt überall das dunkle Treiben mancher Kreise, die ihr Ziel nur dann glauben verwirklichen zu können, wenn Anarchie und staatlicher Versall im Lande einzieht. Bei fast allen Krawallen, Lebensmittelunruhen, die nicht nur im Ruhrgebiet, sondern auch im übrigen, unbefestigten Deutschland in den letzten Wochen sich abspielten, ist fast überall das Auftreten von Provokateuren zu beobachten gewesen. Für die organisierte und geschulte Arbeitererschaft bedarf es nicht dieser mahnenden Anzeichen, um ihr zu zeigen, daß sie von Krawallen und Unruhen nichts zu erwarten und zu erhoffen hat, daß sie mehr noch als jede andere Gesellschaftsklasse an der Erhaltung des ungeführten Ganges der Produktion und der staatlichen Ordnung interessiert ist.

Im ersten Stunden müssen das auch die Kommunisten beklagen, die so ganz im Gegensatz zu ihrer sonstigen Hege im Ruhrgebiet, wenigstens in ihrem organisierten Teil (in Wahrheit herrscht ja dort bei ihnen ein wüstes Durcheinander) gezwungen waren, gemeinsam mit Gewerkschaften und auch kommunaler Polizei schließlich Lebensmittelplünderern mit Gewalt entgegenzutreten. So sehr sie auch immer gekämpft haben, wenn man in der Polemik mit ihnen feststellen mußte, daß das Proletariat seine Bewegung nicht auf das Lumpenproletariat stützen kann, es kamen immer wieder Momente, wo auch sie selber gegen ihren Willen gegen lumpenproletarische Elemente Front machen mußten. Die Leipziger Vorgänge, über die wir in unseren Meldungen ausführlich berichtet haben, sind im Grunde nichts anderes als Zusammenstöße der staatlichen Sicherheitsorgane mit lumpenproletarischen Elementen (zwischen die sich offensichtlich Provokateure gemengt hatten). Diese Zusammenstöße erhalten ihr besonderes Gepräge nur dadurch, daß sie sich erst entwickelten, nachdem der proletarische Sicherheitsdienst einschließlich der kommunistischen Ordner, beiseite gedrängt und die dann eingreifende Polizei mit Steinen und Waffen angegriffen war.

Die Auswirkung dieser bedauerlichen Vorgänge in Leipzig, deren Ursache und Verlauf so eindeutig festgestellt ist, wie das überhaupt nur möglich ist, scheint dem selbstverständlichen Interesse der gesamten Arbeiterbewegung nicht entsprechen zu sollen. Dieses Interesse, deren Ordner von dem randalierenden Böbel, unter dem sich nach der Feststellung auch der kommunistischen Presse Provokateure befanden, mit Beschimpfungen überschüttet und tätlich angegriffen wurden, denken nicht daran, etwa aus Uniaß dieser bedauerlichen Vorfälle eine „Kampagne“ zur Verstärkung der Arbeiterorganisationen und gegen die Treiber der dunklen Rechtselemente zu führen, die solche Zusammenstöße für ihre politischen Zwecke gebrauchen. Sie hatten vielmehr den Moment für gekommen, in der heftigsten Weise gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften vom Leder zu ziehen und den Rücktritt des sozialdemokratischen Leipziger Polizeipräsidenten zu fordern, weil angeblich die Polizei an den Tagen nichts auf der Straße zu suchen gehabt habe. Man hat in Sachsen den Kommunisten bei der Bildung der neuen Regierung auf personellem Gebiet in einer Weise Konzessionen gemacht, die weder in der sächsischen noch in der außer-sächsischen Partei überall ungeteilte Billigung gefunden hat. Aber auch die Kommunisten müssen natürlich ganz genau wissen, daß es für jede Partei bei gemeinsamer Zusammenarbeit gewisse Grenzen gibt. Wenn Paul Böttcher das „Abhängen einer ganzen Führergarnitur“ und „das Aufrollen der inneren Front der SPD.“ als Erfolg der Unterstützung der sozialistischen Regierung hinstellte, oder wenn man in Thüringen die Freiheit hatte, von der Partei offiziell den „schärfsten Kampf gegen die Koalitionspolitiker“ zu fordern, so kann man über diese Dinge hinwegsehen, weil man die eigene Position für stärker ansieht und der Ueberzeugung ist, daß die sachliche Arbeit für Gegenwartsinteressen der Arbeitererschaft auf die Dauer auch die kommunistischen Phrasen brechen wird. Schließlich aber weiß die SPD, natürlich ganz genau, daß für den Geduldigen die Grenze da erreicht wird, wenn jede ruhige und sichere Arbeit zur Unmöglichkeit gemacht und die „Parolen“ lumpenproletarischer Elemente für wichtiger gehalten werden sollen, als planmäßige sozialistische Aufbauarbeit im staatlichen Rahmen.

Man kann deshalb kaum mehr daran zweifeln, daß die Kommunisten in Sachsen über kurz oder lang dazu übergehen werden, die sächsische Arbeiterregierung zu stürzen, denn darauf läuft natürlich ihr neuer Vorstoß hinaus.

Parallel damit vollziehen sich ähnliche Vorgänge in Thüringen. Seit Jahren leistet die sozialistische Regierung Thüringens eine Aufbauarbeit, der die Anerkennung bisher weder von den Kommunisten noch auch von christlichen bürgerlichen Politikern hat versagt werden können. Gewiß vorwiegend bürgerlich-demokratische staatliche Aufbauarbeit, an der aber auch die Kommunisten sich eifrig genug beteiligt haben und deren Wert und Erfolge kein thüringischer Arbeiter verkümmert. Kein Teil Deutschlands ist so gründlich gegen die Gefahren der illegalen Geheimorganisationen geschützt worden wie Thüringen; alle großen grundlegenden Gesetze, das neue Verfassungswerk, die vorbildlichen Reformen auf dem Gebiet des Schulwesens usw. sind ohne Ausnahme gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien mit Unter-

führung der Kommunisten zustande gekommen. Das hat die KPD nicht gehindert, zunächst in einer Art „diplomatischen Notendwechsel“ und dann schließlich dieser Tage in mündlichen Verhandlungen von vornherein unannehmbare Bedingungen zu formulieren, unter denen sie gnädigst eine Weitererfüllung der sozialistischen Regierung, an der sie sich selbstverständlich nicht beteiligen wollen, gestatten. Die Erklärung, mit der der Wortführer der Kommunisten, Otto Thomas, die Verhandlungen abbrach, war bereits bei Beginn der Verhandlungen fertiggestellt! Das kommunistische Vorgehen in Thüringen erhält seine Illustration noch durch die zahllosen Volksversammlungen, in denen die KPD unter wüsten Beschimpfungen der Sozialdemokratie ihre Politik vor den Arbeitern zu rechtfertigen suchte, um regelmäßig eine Absfuhr zu erhalten. Den famosen Betriebsrätekongress, den sie als Plattform für ihre agitatorischen Bedürfnisse fordern, lehnen die Betriebsräte selber ab, während ihr eigenes Betriebsräteekretariat, das sie seinerzeit im Anschluß an den sogenannten Reichsbetriebsrätekongress gründeten, eingehen mußte. Gewiß ist in den einzelnen kommunistischen Organisationen noch ein Schwanken zu merken, je nach der besonderen Einstellung der Organe zu den inneren Differenzen in der KPD, aber im ganzen geht die Reife offensichtlich auf Bruch, der natürlich sich in den politischen Verhältnissen beider Länder sehr bald äußern muß und dem Bürgertum die Aussicht eröffnet, den so lange entbehrt politischen Einfluß wieder zu erhalten. Schon ist in Thüringen ein Mißtrauensantrag gegen die Regierung nur deswegen nicht angenommen worden, weil die bürgerlichen Parteien — klüger als in Sachsen — sich der Stimme enthielten.

Das Verhalten der Kommunisten, das, so wie die politischen Verhältnisse nun einmal liegen, auf eine Unterführung des Bürgertums und eine Schädigung der Arbeiterinteressen hinausläuft, ist freilich nicht nur aus den demagogisch-agitatorischen Bedürfnissen der KPD heraus zu erklären. Die Kommunisten hoffen dadurch die Sozialdemokratie in eine Koalition zu drängen, der sie dann mit ganz anderer agitatorischer Energie glauben entgegenzutreten zu können. Für sie sind alle diese Wandlungen nur Mittel zur Erreichung ihres einen Zieles, das ihnen nach ihrer Meinung durch die wirtschaftliche Not erleichtert wird, der Zerstörung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften.

Kommunistische Taktik.

Aus Niederschlesien wird uns berichtet: In Landeshut in Schlesia erhielten bei den Gemeindevahlen im Jahre 1919 die Sozialdemokraten die Mehrheit im Stadtparlament. Nachdem sich eine kommunistische Gruppe gebildet hatte, ging auch ein kleiner Teil der Stadtverordneten zur KPD über und gründete eine kommunistische Stadtverordnetenfraktion. Die Taktik der neuen Fraktion zeigte sich bei der Wahl eines unbesoldeten Stadtrates. Die KPD übte Stimmeneinhalten und es wurde der größte Scharmacher der Landeshuter Industriellen gegen den sozialistischen Kandidaten gewählt. Die bürgerlichen Stadtverordneten erklärten dann später, daß mit einer Wehr, heißt, die aus Sozialisten und Kommunisten bestehe, nicht zu arbeiten sei und legten sämtlich ihre Mandate nieder. Trotzdem wäre es ohne die bürgerlichen Herren ganz gut gegangen, wenn die kommunistischen Parteilosen nicht gewesen wären. Es zeigte sich schon in allen Kommissionen, wo kommunistische Stadtverordnete mit saßen, daß sie in der praktischen Mitarbeit kläglich versagten. In der Öffentlichkeit und bei den von ihnen veranlaßten Demonstrationen vor dem Rathaus stellten sie die radikalsten Forderungen auf. Im Stadtparlament und in den Ausschüssen, vor die Alternativen der Durchführung dieser Forderungen gestellt, mußten sie sich keinen Rat und übten Banzentaktik. Es wurde ihnen bald unheimlich zu Rute in dieser Situation und versetzten sie nun auf die Taktik der Bürgerlichen. Die Abgeordneten der KPD kamen nicht mehr auf das Rathaus oder nahmen ihre Sitze nur im Zuhörertraum ein. Darauf legten unsere Genossen ihre Mandate nieder, um Neuwahlen zu erzwingen. Am Sonntag, den 10. Juni,

fanden diese Neuwahlen statt. Es erhielten Sitze: Sozialdemokraten 9, Kommunisten 7 und die vereinigten bürgerliche Liste 17. Die Legitarbeiterstadt Landeshut hat also dank der kommunistischen „Arbeiterpolitik“ wieder eine bürgerliche Mehrheit.

Neue Sanktionen für Dortmund?

Französische Ankündigungen.

Paris, 12. Juni. (WZ.) Wie hexas mittelst, handelt es sich bei den in Dortmund getöteten Franzosen um die beiden Feldwebel Hote und Buvarello. Die ersten Sanktionen seien gestern vormittag ergriffen worden. General Dégoutte sei zur Verhaftung von Mitgliedern der Stadtverwaltung und zwei Beamten der Polizei geschritten, außerdem habe er in der Reichsbank in Dortmund und in der Stadtkasse die verfügbaren Banknoten beschlagnahmt lassen. Der Stadtbehörde seien 24 Stunden Zeit gelassen worden, um die Wälder auszuliefern. Geschehe das nicht, so würden neue Sanktionen ergriffen.

Man merke ferner, daß in der Nacht vom 11. Juni auf der Straße in Dortmund mehrere Zwischenfälle stattgefunden hätten. Französische Soldaten hätten Schüsse mit Gruppen von deutschen Zivilisten gewechselt und mehrere Angreifer seien getötet worden. (Anm. d. WZ.: In Wahrheit wurden von den Franzosen wehrlose Passanten blindlings erschossen!)

Protest des Magistrats Dortmund.

Dortmund, 12. Juni. (ZL.) Im Laufe des Nachmittags fand gestern eine Sonder Sitzung der Stadtverordneten der Stadt Dortmund statt. In einer Entschließung wird u. a. gesagt: „In der Nacht vom 9. bis 10. Juni sind zwei französische Feldwebel von unbekanntem Täter erschossen worden. Wir verurteilen diese Tat als das Schreckste. Wir erheben feierlich dagegen Einspruch, daß die Verantwortung für die Ermordung der beiden französischen Feldwebel, die noch völlig unaufgeklärt ist, der Stadtgemeinde auferlegt wird, besonders entschiedenen Einspruch erheben wir gegen die Verhaftung der beiden Stadträte. Tief erschüttert aber stehen wir an der Bahre der sechs unschuldigen Todesopfer. Gegen das unmensliche Vorgehen gegenüber wehrlosen Bürgern unserer Stadt erheben wir schärfsten Einspruch. Die Entschließung wurde dem französischen Ortskommandanten von dem Magistrat zugestellt.“

Ein Aufruf an die Bevölkerung.

Eberfeld, 12. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Magistrat der Stadt Dortmund richtet an die Bevölkerung folgenden Aufruf:

Trotz eifriger Nachforschungen ist es der hierfür zuständigen Stelle, der Staatsanwaltschaft, die auch eine Belohnung von 5 Millionen Mark für die Ermittlung der an der Ermordung der beiden Adjutanten der französischen Besatzungsbehörde Schuldigen ausgesetzt hat, bisher nicht gelungen, die Täter zu ermitteln. Daher dauern die von der Besatzungsbehörde verhängten Maßnahmen an.

Inseiner Bevölkerung wird dringend ermahnt, Ruhe zu bewahren und sich in dieser erregten Zeit, die sowohl Schweres und Schmerzliches über unsere Stadt gebracht hat, zu keiner Unbesonnenheit hinreißeln zu lassen.

Ferner wird sie gebeten, die angeordnete und scharf durchgeführte Verkehrsperre zu beachten und von abends 9 Uhr bis morgens 5 Uhr die Straße zu meiden.

Wer dieser Mahnung keine Folge leistet, setzt sich schwerer Gefahren aus und schädigt die ganze Bevölkerung.

Die Erschossenen.

Dortmund 12. Juni. (WZ.) Soweit bisher festgestellt werden konnte, handelt es sich bei den erschossenen Personen um den Student Buschmann, Dr. Schoene, Elektriker Heinrich Strohmann und den 19jährigen Kaufmann Buschhoff, sämtlich aus Dortmund.

Belagerungszustand im Bezirk Wanne.

Essen, 12. Juni. (WZ.) Das französische Flugkommando in Wanne hat über Wanne, Eidel und Köhlingshausen den Belagerungszustand verhängt, weil dort auf fran-

zösische Posten geschossen worden sein soll. Der Nachtverkehr ist untersagt. Etwa 99 Proz. der von dieser Verordnung betroffenen Bewohner sind Bergarbeiter.

Die Not an der Ruhr.

Tagung der sozialdemokratischen Gemeindevertreter.

Dortmund, 12. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Eine am 10. Juni im Schwerte tagende Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter des Ruhrgebiets besaßte sich eingehend mit den Schäden, die den Gemeinden durch die Besetzung entstanden sind.

Sie erhebt schärfsten Protest gegen die erfolgten und fortgesetzt erfolgten Eingriffe der Besatzungsstellen in die Verwaltungsapparate der Kommunen, gegen die Ausweisung und Verurteilung von Beamten, Angestellten und Arbeitern, gegen die Beschlagnahme öffentlicher Gelder, durch welche nicht nur die Verwaltungsbearbeitung an sich, sondern vor allem die Durchführung sozialer Aufgaben ungeheuer erschwert wird.

Furchtbar sind die Schäden, die die Gemeinden durch die Besetzung erleiden. Zahlreiche öffentliche Gebäude, insbesondere auch Schulen, Plätze, Straßen und Wege sind in einen Zustand gebracht worden, der jeder Beschreibung spottet. Milliarden werden erforderlich sein, die Verwüstungen wieder gutzumachen. Viel schwerer sind jedoch die Schäden, die durch die Einschränkungen und Hemmungen der kommunalen Arbeit in der Bevölkerung, vornehmlich bei der Jugend in geistiger und körperlicher Beziehung entstanden sind. In den Kreisen Dortmund, Hörde, Bochum, Gelsenkirchen, Hattingen, Witten und Recklinghausen sind über 50 000 Kinder aus ihren Schulklassen vertrieben worden. Die Lebensmittelversorgung, die Versorgung der Säuglinge mit Milch leidet unter der Lahmlegung des Verkehrs, unter willkürlich durchgeführten Beschlagnahmungen. Viele städtische Kinderhorte mußten geschlossen werden. Mißhandlungen, Verabungen, Diebstähle sind an der Tagesordnung. Uns Ungemeines gestiegen ist überhaupt die öffentliche Unsicherheit infolge der Ausweisung von Polizeiorganen. Ein starker Zustrom lichtscheuer Geistes war die weitere Folge. Die Wohnungsnot ist erheblich gestiegen, die Tätigkeit der Wohnungs- und Mietvereinsämter durch Ausnutzung für Zwecke der Besatzungsgruppen an manchen Orten gelähmt. Krienshaft haben sich die Ausgaben der Gemeinden erhöht.

Vor aller Welt weisen die sozialdemokratischen Gemeindevertreter hin auf die Rote der Bevölkerung in den Städten und Gemeinden des Ruhrgebiets, hervorgerufen durch die Besetzung. Von Reich und Staat wird erwartet, daß sie weiterhin alles tun, um die Lage der Kommunen und damit die Bewohner des Ruhrbeckens zu erleichtern und zu bessern.

Bulgarien und Jugoslawien.

Belgrad, 11. Juni. König Alexander hat wegen der Vorgänge in Bulgarien seinen Aufenthalt in Rumänien abgebrochen und wird morgen in Belgrad zurück erwartet.

Belgrad, 12. Juni. (ZL.) Die heutigen Erklärungen des Außenministers Rinkisch über die Vorgänge in Bulgarien zeigen, daß Jugoslawien eine abwartende Haltung einnimmt. Es fehlen noch immer verlässliche Nachrichten aus Bulgarien. Während die Regierung nur von Ruhe und Ordnung spricht, liegen Nachrichten vor über Kämpfe bewaffneter Bauernabteilungen bei Bernia, Radomir, Nienna, Zraeni, Breg und Dubnik. Die bulgarischen Grenzwachen sind verstärkt worden, offenbar in Beforgnis eines jugoslawischen Einmarsches, von dem man in Belgrad jedoch nichts wissen will. Der Außenminister Rinkisch besuchte den bulgarischen Geschäftsträger, der die Erklärung der neuen Regierung wiederholte, daß sie die Friedensbedingungen einhalte und mit allen Nachbarn in Freundschaft leben wolle.

Vor einer neuen Kohlenpreiserhöhung. Die Organe der Kohlenwirtschaft treten am Donnerstag zusammen, um im Anschluß an die Erhöhung der Bergarbeiterlöhne mit Wirkung vom 15. Juni eine Erhöhung der Kohlenpreise zu beschließen. Die Lohnerhöhung der Bergarbeiter betrug 52 Prozent.

Deutsches Tonkünstlerfest in Kassel.

Von Kurt Singer.

1.

Der Allgemeine Deutsche Musikverein war bis vor etwa 3 Jahren Hüter all des schönen, alten Bestes an Musikwerken und der Musikkultur, die unmittelbar vor dem Neuen halt machte und das Allerneueste an Tat, Gesinnung, Trieb, Gärung mißachtete. Nichts desto weniger schloß sich aus dem Gewohnheitsmäßigen bei jedem Musikfest irgendeine Vortrefflichkeit heraus. Auch Strauß, Brudner, Reger standen einmal auf dem Programm. Doch blieb das Schmückstück nicht Bauarbeit, äußerliche Verbeugung, nicht Dienst und Charakter des Verbands. Er lebte und arbeitete für die mittleren, epigonhaften Talente bestimmter konservativer Schulen. Die Namen wandelten sich in Jahrzehnten, aber der Geist kam nicht vom Heide. Der große Impuls zu Neuem, der gerade vom jährlichen Musikfest ausgehen sollte, fehlte. Das ist anders geworden. Ja, es scheint, als ob nunmehr die radikalste Strömung sich durchgesetzt hat. Es ging gleich mit Schönbergs Orchesterstücken in Weimar an, einer provozierenden, antiphilistrischen Musik fürchterlicher Geräusche. Und jetzt in Kassel, der Stadt wohlgerogener, freundlicher, musisch liebender Bürger, setzt sich die Linie fort. Fast möchte man rufen: Rast nicht zu schnell, mächtig das Tempo! Der Sprung ist zu hoch und gefährlich. Aber Jugend läßt sich nicht bändigen. Und es bleibt ein Verdienst, auch dem Ephebenen, wenn es nur Blut und Begabung, wenn es nur die Handschrift eines Eigenen verrät, an die Öffentlichkeit verlocken zu haben. Das eine noch: Man darf von den ausübenden Musikinstanzen einer mittleren Stadt nicht verlangen, daß sie auch in wochenlangen Proben zu dieser atonalen, von ganz fremden Klängegehehen getragenen Musik innere Stellung gewinnt. Kapellmeister, Orchester und Chöre stehen da vor Angriffen, denen nicht immer bewußt und elegant pariert werden kann. Dies prinzipiell in die kritische Betrachtung eingestellt, darf man mit dem Arbeitseifer, den Fleißproben und der wachsenden Hingabe aller Beteiligten hochzufrieden sein.

II.

Die neuen Orchesterwerke von Butting, Tischen, Waltershausen entzücken mir. Besonders Liebens „Hamlet“-Musik wurde von allen Seiten gelobt und gefeiert auch dem Publikum. Der kammermusikalische Vormittag erhielt seine besondere Prägung durch Paul Hindemiths Mitwirkung. Dieser Frankfurter Konzertmeister ist ein genialer Stürmer, einer von den ganz Benigen, die aus der inneren Not heraus modernst komponieren. In seinen beiden Sonaten für Viola d'amor und Bratsche (beide Instrumente spielt er tollend) singt ein Musiker sehr freie Weisen, frei im Rhythmus und frei in der Themengestaltung. Aber man fühlt auch im Abwägen immer den Mann der guten musikalischen Kinderstube; seine lyrischen Entwürfe, Rezitationen oder breite Melodien sind männlich-herb, seine Allegrosche sind von lässiger, frischer, jugendladener Lebendigkeit. Das ist ein ganzer Kerl, der da vor uns steht, erfindet sich auf allen Gebieten, einer, der auch das Instrument, auf das ihm eigene Idiom abzustimmen weiß. Seine Begleiterin, Frau

Lübbecke-Job, ganz eingestuft auf das Wesen dieser stark empfundenen Musik. Dagegen muß Hermann Rundgräbers Streichquartett op. 12 abfallen. Er schreibt nicht so sorglos wie Hindemith, die Regel scheint noch überall zu gelten, ihm lebt noch die Sonate als Grundlage des Baues. Seine Themen zeigen rhytmische Prägnanz und die und da (wie im Cellosolo das Adagio) zieht er auch einen vollen schönen Gefangsbogen. Doch wird die Entwicklung endlos, Farbe verbleicht oder verwirrt die mangelhafte Geistigkeit, Substanz wird fadenblau und reißt sich dennoch nicht los, grelle Disharmonien wollen ungefüßte Leidenschaft heißen und bleiben doch nur alku bewußtes Jonglieren mit dem futuristischen Effekt. Wo die lange feilsche Auseinandersetzung stockt, wo Mut und Uebermut über die Instrumente hindrückt, da kommt ein besserer, weit natürlicher Rundgraber zu Wort (letzter Satz, in F-dur, in F-dur). Die Werther-Stimmung ist über klangl. entwirrt. Ernst Lohs Quartett op. 28 schließlich ist wieder eine starke Talentprobe eines Mannes, der auch theoretisch (in seiner „Melodielehre“) Kennerhaft und Wissen verrät. Dieses Opus ist auf die Töne des Wortes „Bach“ als Generalnummer gestellt. Ungleich an Wert, aber bei aller Freiheit der Stimmen doch immer von einem entscheidenden, Aug verwerteten melodischen Einfall regiert. Adagio und Scherzo, letzteres wie ein kleiner Rahentanz, betonen die Ausdruckskraft, zeigen die glückliche bildende Hand Lohs am eindringlichsten. Das Frankfurter Quartett Lange nahm sich beider Quartette mit Geschick und werbender Lust an. — Abends führte man als Festoper den „Schahgräber“ auf. Zulauf dirigierte. Leider wurde auf der Bühne das Unzulängliche Ereignis, so daß Schweigen Pflicht wird.

Von Pierre Loti. Pierre Loti, der berühmte Dichter, dessen Tod wir mediten, war ein vortrefflicher Schreiber erotischer Stimmungen, und wenn uns auch seine farbenprägenden Szenen und Bilder aus dem von ihm so geliebten Orient etwas parfümiert anmuten, so bleibt doch in seinen „Island-Fischern“ ein Meisterwerk starker Heimatskunst, das auch bei uns nicht so bald vergessen werden wird. Die Sehnsucht nach fernem Ländern, nach Fahrten und Abenteuer war in dem jungen Julien Bland — wie er mit seinem bürgerlichen Namen hieß — die ursprüngliche Leidenschaft, von der er erst verhältnismäßig spät zum Dichten kam. Als Schiffsleutnant, dann als Kapitän, kam er nach der Türkei, nach Japan, nach Marokko, nach Palästina, und in jedem Lande mußte er sich mit schmiegamer Anpassung in einen Bewohner dieser Gegenden zu verwandeln, gefiel sich darin, als Türke, als Japaner, als Maure, als Araber auszutreten. Aus diesen fremdartigen Stimmungen, die ihn berauschten, entstand sein erster Roman „Karakulu“, den er 1878 von Paris aus an die Zeitschrift „Illustration“ sandte. Der Redakteur blätterte zerstreut in der Handschrift, wurde aber dann von den Zeichnungen angezogen, die den Text begleiteten, und so hatte der Dichter Loti seinen ersten Erfolg seinem Zeichentalent zu verdanken. Der Roman war wirklich ein großer Erfolg, und dieser wurde noch überboten durch sein zweites Buch „Azimade“, das eine wahre Sensation in der französischen Literatur hervorrief. Am meisten überrascht war

der Verfasser selbst von seinem jungen Ruhm, als er von seinen Dienstherrn auf Urlaub nach seiner Vaterstadt Rochefort zurückkam und die riesigen Mengen von Briefen und Paketen aufgeschloß, die ihm von Verehrern gefandt worden waren. Er war eigentlich eine schwebe, stille Natur, und man erzählt, daß der Name „Loti“ ursprünglich ein Spitzname war, den ihm seine Kameraden in der Marineschule gegeben hatten, weil er so still und schüchtern war wie die indische Lotusblume. Sein erstes Porträt in der Literatur finden wir in einer Aufzeichnung im Lesebuch Edmonds de Concourts, in der es heißt: „Der berühmte Loti ist ein kleiner, schwächlicher, magerer Herr mit tiefstehenden Augen, sinnlicher Nase und einer matten, kranken Stimme. Er hat die Schweißsamkeit eines ungewöhnlich schüchternen Menschen, und man muß ihm die Worte förmlich aus dem Munde ziehen. Als ihn Daudet fragt, ob er aus einer Seemannsfamilie stamme, antwortet er ganz einfach mit seiner sanften Stimme: „Ja, ich habe einen Onkel gehabt, der auf dem Raistloß der Redufa von seinen Gefährten aufgefressen wurde.“ Erst 1910 nahm der Fregattenkapitän Bland seinen Abschied, nachdem er bereits längt Mitglied der Akademie und einer der ersten Schriftsteller seines Landes war. Er lebte nun nur noch seiner Kunst.

Loti ist übrigens gegen Ende des 19. Jahrhunderts auch einige Zeit in Berlin gewesen und hat über seine Eindrücke Reisebriefe veröffentlicht. Der Freund des Orients und der magischen Fernen konnte freilich nur eine Karikatur vom deutschen Wesen bieten.

Ein Talent, doch kein Charakter. Artur Zidler ist zu Mensch und Sinnes gegangen, Redakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ und Mitglied der Deutschen Volkspartei geworden. Der Wechsel, den man als Gesinnungswechsel kaum bezeichnen kann, ist mit hoher Plögligkeit erfolgt. Bei der Eigenart Zidlers ist es nicht unmöglich, daß er hier oder dort auch noch als „Sozialist“ aufzutreten versucht. Einzig und allein aus diesem Grunde scheint uns eine öffentliche Feststellung dieser persönlichen Katastrophe nötig.

Um sich bei seinen neuen „Genossen“ zu legitimieren, stimmt übrigens der biedere Zidler in der gestrigen Abendnummer der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ unter dem heldenhaften Pseudonym „Florian Geier“ einen ihnen den Himmeln auf seinen gegenwärtigen Brotherrn Sinnes an. Wir blättern in älteren Nummern des „Vorwärts“ und finden auf ein kleines Gedicht, das den gleichen Gegenstand behandelt und von demselben Verfasser stammt. Es wäre nicht ohne Reiz, die beiden Rundgebungen zu vergleichen. Da wir aber nicht hochhaft sind und Herrn Zidler das Beschäftigt nicht wären wollen, verzichten wir auf einen Neuausdruck der Berle.

Generalmusikdirektor Leo Blech ist vom 15. August d. J. als Operndirektor an das Deutsche Opernhaus berufen worden.

Volkshäuser, Theater am Bülowplatz. Unter Abänderung des Spielplans gelangt Donnerstag, Freitag, Sonnabend und Sonntag, abends 7½ Uhr, Richard's Basse mit Gesang „Der Herrische“, zur Aufführung.

Die Sommerdirektion der Volkshäuser Theater am Bülowplatz eröffnet ihre diesjährige Spielzeit am 1. Juli mit „Gipsensrats Orben“, Volkshaus mit Gesang von Heinrich Billen. Regie: Hans Feltz. Bühnenbilder und Kostüme: Hermann Rechen.

Widerspruchsvolle Londoner Berichte.

Keine Verständigungsaussicht?

London, 12. Juni. (W.T.B.) Ueber die gestrige Beratung Lord Curzons mit den Botschaftern Frankreichs, Belgiens und Italiens vernimmt der stets sehr gut unterrichtete diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ die eingehendsten Vorstellungen, die auch in ihrem Pessimismus von den zuverlässigeren Ausführungen der meisten übrigen Blätter abweichen: Das Ergebnis dieser verschiedenen Schritte sei, daß die Aussichten auf eine interalliierte Vereinbarung noch weiter entfernt seien, als sogar von den Stellen, die sich niemals einem unangebrachten Optimismus hingeben hätten, erwartet worden sei. Poincarés Standpunkt, wie er vom Botschafter St. Aulaire gestern Lord Curzon unterbreitet wurde, habe die geringen Aussichten darauf, daß die Ansichten Großbritanniens und Frankreichs miteinander versöhnt werden könnten, verschleut. Auf britischer Seite sei man offen bestürzt gewesen über

das noch nicht dagewesene Maß von Unnachgiebigkeit

und man habe diese Tatsache auch nicht verheimlicht. Der französische Botschafter habe nicht nur darauf bestanden, daß die Einstellung des passiven Widerstandes durch Deutschland eine Bedingung für jegliche Verhandlungen selbst unter den Alliierten sein müsse, sondern auch darauf, daß Großbritannien, wenn es nicht mit Frankreich und Belgien bei der entsprechenden Aufforderung an die deutsche Regierung von Frankreich keinerlei Zugeständnisse, Bedingungen oder Zusagen verlangen könne. Mit anderen Worten, es könne keinen Ausgleich geben. Die französische Regierung würde von Berlin, abgesehen von der Zurückziehung der Verfügungen, die den passiven Widerstand ermutigen oder vorschreiben, die Zurückziehung der Verfügungen fordern, die Beamte und andere Personen mit Strafen bedrohen, welche dem Erfolgen der französischen Behörden um Unterstützung nachgekommen sind. Eine volle Amnestie würde für derartige Personen verlangt werden sowie eine Garantie, daß in Zukunft die deutschen Behörden sowie die staatlichen, als auch die privaten — mit den zivilen und militärischen Befehlshabern zusammenwirken. Die Zunahme der Sabotage- und Gewalttaten sowie der herausfordernde Ton in der letzten Reichstagsrede müßten nach Ansicht Poincarés hervorgehoben werden. Schließlich habe der französische Botschafter darauf hingewiesen, daß

Frankreich nicht ein Jota von seinen Ansprüchen aufgeben

könne und werde. Der Januarplan müsse als die vereinbarte Grundlage der Erörterungen dienen unter Ausschluß aller übrigen Memoranden, also auch der deutschen Note. Der belgische Botschafter Baron Ronchour habe erklärt, daß er in der Frage der Einstellung des deutschen passiven Widerstandes als Bedingung für jede Erörterung mit Frankreich übereinstimme. Er habe aber hinzugefügt, daß Großbritannien die mit seiner Haltung gegenüber dem Ruhrproblem zusammenhängenden Grundzüge aufrechterhalten und sich in dieser Frage trotz dem Frankreich und Belgien anschließen könne, und zwar aus rein praktischen Erwägungen heraus, so angesichts einer Besetzung, die bereits fünf Monate dauere. Der belgische Botschafter habe hierauf die drei belgischen Memoranden überreicht, die die deutschen Eisenbahnkäufe und Monopole, die deutschen Industriegewinne und die deutschen Budgetfragen betreffen. Der belgische Botschafter habe nicht, wie der französische Kollege, die Beschränkung zukünftiger Erörterungen auf entweder den belgischen oder den französischen Plan angeregt und auch nicht den Ausschluß des deutschen Memorandums verlangt. Der Berichterstatter des „Daily Telegraph“ erklärt, die Verschiedenheit zwischen den französischen und belgischen Ansichten sei bemerkenswert, sie helfe jedoch keineswegs bei der Beilegung des Haupthindernisses für eine englisch-französische Vereinbarung. Soweit festgestellt werden könne, habe der italienische Botschafter Lord Curzon keinerlei konkrete Vorschläge unterbreitet. Ihre Unterbreitung habe eher den Charakter eines allgemeinen Meinungs austausches gehabt, als einer Prüfung der Wege, die zu einer abschließlichen Vereinbarung führen könnten. Die italienische Diplomatie würde entweder allein oder mit der britischen Diplomatie gemeinsam gern versuchen, einen Mittelweg zwischen Berlin und Paris in der Frage des deutschen passiven Widerstandes zu finden. Aber solche Anstrengungen schienen in beiden Fällen

durch die Forderungen Poincarés aussichtslos.

Andererseits könne die britische Regierung von Deutschland nicht die Einstellung des passiven Widerstandes verlangen, wenn sie Berlin nicht zur selben Zeit versichern könne, daß im Austausch dagegen Paris und Brüssel bereit seien, gewisse Zugeständnisse zu machen und die deutschen Vorschläge in ernste Erwägung genommen würde. Es werde ausdrücklich betont, daß die britische Regierung angesichts der Meinung ihrer juristischen Berater in der Frage der Reparationsaktion eines oder mehrerer Alliierten keinen Schritt tun könnte, der als eine Billigung der von Frankreich auf § 18 gestützten juristischen Deutung ausgelegt werden könnte.

Doch gemeinsame Antwort?

London, 12. Juni. (W.T.B.) Der Parlamentsberichterstatter der „Times“ schreibt, er erfahre, das auf ein dringendes Ersuchen Lord Curzons hin Lord Birkenhead sich bereit erklärt habe, eine Anfrage bezüglich der deutschen Reparationen heute im Oberhaus nicht zu stellen. Nach dem Berichterstatter haben die Vertreter der britischen Regierung auch in der gestern abgehaltenen wichtigen Erörterung ihrem lebhaften Wunsch Ausdruck gegeben, daß die Antwort auf die deutsche Note in Gestalt einer gemeinsamen Note aller Regierungen gegeben werde. Es besche jetzt jede Wahrscheinlichkeit, daß dieser Wunsch erfüllt werde. Gestern Abend sei erklärt worden, daß vom britischen Standpunkt gesehen, die Erörterungen, die noch im Gange seien, als sehr befriedigend gelten könnten. Diese Hoffnung, daß eine gemeinsame Antwort möglich sei, sei einer der Gründe gewesen, die die Regierung zu der Ansicht geführt habe, daß jede vorläufige Erörterung im Oberhaus mehr schaden als nützen könne.

Devisenkurse.

	12. Juni		11. Juni	
	Käufer (Schw.) Kurs	Verkäufer (Schw.) Kurs	Käufer (Schw.) Kurs	Verkäufer (Schw.) Kurs
1 holländischer Gulden . . .	82718.—	82862.—	81620.50	81779.50
1 argentinische Papier-Peso . . .	29338.50	29473.50	28428.50	28571.50
1 belgischer Franc	4678.—	4697.—	4413.50	4486.50
1 norwegische Krone	18995.—	14035.—	13416.—	13484.—
1 dänische Krone	14763.—	14887.—	14863.—	14436.—
1 schwedische Krone	22244.—	22356.—	21296.50	21408.50
1 finnische Mark	2340.—	2361.—	2334.—	2266.—
1 japanischer Yen	40997.50	41102.50	39401.—	39599.—
1 italienische Lire	8925.—	8945.—	8730.50	8749.50
1 Pfund Sterling	384037.—	385963.—	371568.—	373482.—
1 Dollar	84039.—	84461.—	80518.—	80952.—
1 französischer Franc	5418.—	5444.—	5162.—	5188.—
1 brasilianischer Milreis	8878.50	8921.50	8079.50	8120.50
1 Schweizer Franc	15122.—	15198.—	14493.50	14596.50
1 spanische Pseta	12668.—	12732.—	12110.50	12150.50
100 österr. Kronen (abgest.)	—	—	116.20	116.80
1 tschechische Krone	2553.50	2566.50	2430.50	2443.50
1 ungarische Krone	—	—	11.72	11.78
1 bulgarische Lwa	—	—	897.50	902.50
1 jugoslawischer Dinar	—	—	—	—

Hand an die Mähe!

Wie sich die Post „Zucht und Ordnung“ vorstellt.

Es ist merkwürdig, daß der „Vorwärts“ in seinem Kampf gegen das monarchistische Gerümpel in den letzten Jahren immer von neuem auf die Post stößt. So hat kürzlich die Amtsleitung des Paketpostamtes in Berlin eine Verfügung durch Ausschlag zur Kenntnis der Beamten gebracht, wonach darauf hingewiesen wird, daß das Tragen der Vorgesetzten „wie einst“ unbedingt zur Durchführung gebracht werden wird. Es wird weiterhin in der Verfügung die so schmerzliche Feststellung gemacht, daß die unteren Beamten die den höheren Beamten zustehenden Ehrenbezeichnungen leider vernachlässigen. Deshalb haben die Vorgesetzten darauf zu achten, daß die ihnen laut kleiner Dienstausweisung zustehenden Ehrenbezeichnungen auch durchgeführt werden, und zwar sowohl in den Diensträumen als auch auf der Straße, damit, wie es ausdrücklich heißt, die „Zucht und Ordnung unter die Beamten kommt“. Das ist wohl das Stärkste, was man in der letzten Zeit aus dem Postreich zu hören bekommen hat, und es wäre auch hier von Belang, einmal festzustellen, welcher höhere Beamte über zuviel Zeit verfügt, daß er sie zur Auffrischung alten Gerümpels verdirbt. Das Publikum und die Unterbeamten sind der Meinung, daß die Dienstzeit nicht zum militärischen Gehen da ist, sondern zum Arbeiten. Wenn in der Verfügung davon gesprochen wird, daß „wieder Zucht und Ordnung in die Beamten kommen“ soll, so bedeutet das eine so starke Herausforderung, daß an ihr nicht ohne weiteres vorübergegangen werden kann. Ordnung herrscht schon längst wieder in allen Betrieben, und wenn die Direktion eine so große Sehnsucht nach Zucht hat, so sieht das gerade so aus, als ob sie ihren Betrieb stracks um 200 Jahre zurück in die Zeit Friedrich Wilhelms I. führen wollte, der seine Untertanen auch zu Ordnung und Zucht mit dem Knüttel bringen wollte, um ganz Preußen zu einem einzigen großen Zucht-Haus zu machen. Von dieser Art Preuentum haben wir ein für allemal genug, und das Reichspostministerium möge dafür sorgen, daß solche Verordnungen unterbleiben.

Weberswalde.

Eine Edelmenschen-Siedlung, die nicht existiert.

Ein gerichtliches Nachspiel vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte fand das Siedlungsprojekt eines Arthur Weber, vor dem bereits im September 1921 im „Vorwärts“ gewarnt wurde. Weber hatte einen in Ostpreußen wohnenden Tischlermeister Barisch, der Vater von 6 Kindern ist, nach Berlin gelockt, damit er in die nach Weber benannte Siedlung „Weberswalde“ übersiedle. Barisch kam mit einem Baggon Sachen und Lebensmitteln nach Berlin, und wollte seine Familie nach der neuen Siedlung nachkommen lassen. In der Siedlung würden nur „Edelmenschen“, die nach einem von Weber gestellten Horoskop ausgewählt wurden, zugelassen. Barisch sollte nach der „Bestrahlung“ und den „astralen Einflüssen“ zu diesen Edelmenschen gehören! Es stellte sich dann heraus, daß die ganze Siedlung „Weberswalde“ überhaupt nicht existiert! Das Urteil gegen Weber, der mehrfach vorbestraft ist, lautete auf 2 Monate Gefängnis.

Mit Weber, der außerdem in der Lindenstr. 4 in der Wohnung eines Generals Thiede eine wilde Firma unter der Bezeichnung „Geisteswissenschaftliche Verlagsgesellschaft“ und Dr. Franz Hartmann Archiv, gegründet 1896, handelsgerichtlich eingetragene Firma“ betreibt, wird sich der Staatsanwalt weiter zu beschäftigen haben.

An die falsche Adresse geraten.

In der vergangenen Nacht geriet der Schleppe eines Spielclubs, der in dem Hause Schiffbauerdamm 18a tagte, als er zwei Herren auf der Straße ansprach, recht gründlich an die falsche Adresse. Zwei Beamte der Schutzpolizei vom zweiten Revier wurden auf einem Rundgang in bürgerlicher Kleidung von einem angeblichen Inspektor aus Neukölln angesprochen und zu einem Spielchen nach dem Schiffbauerdamm 18a eingeladen. Die Beamten gingen zum Schein darauf ein und der „Inspektor“ brachte sie selbst nach dem Klublokal. Während einer hier blieb, wollte der andere noch einen dritten Beamten holen, den er dem Schleppe als Spieler bezeichnete. Der Schleppe begleitete ihn bereitwillig. Untermwegs aber ließ der Beamte seine Maske fallen, nahm ihn fest und brachte ihn nach der Wache. Von dort begab er sich mit mehreren Kameraden wieder nach dem Klub, und nun wurde die Spielergesellschaft, sieben Mann, aufgehoben und ebenfalls nach der Wache gebracht. Hier ergab sich, daß man auch einen gewissen Vork mitgenommen hatte, den das Spielbezugsamt schon längst suchte. Die Inhaberin des Clubs war eine Näherin aus der Schweiz, der Spielleiter ein Berliner Gerlach aus der Eisackerstraße. Dieser ließ sich von jedem Spieler, der Einlaß fand, 100 000 M. zahlen, je 100 000 M. behielt er für sich, der Rest wurde in Shirts (Spielmarken) angelegt. Die Spielgeräte und das Geld wurden beschlagnahmt. Auf dem Wege zur Wache verhafteten sich die Spieler mit 300 000 M. von den Beamten loszukaufen. Sie werden sich dafür auch noch wegen Verstoßes der Besetzung zu verantworten haben.

Zuchthausstrafen für die Posträuber.

In später Abendstunde wurde gestern das Urteil gegen die gefährliche Bande gefällt, die, wie wir berichteten, mit Waase und Revolver das Postamt N 54 in der Lothringerstraße ausgeraubt hatten. Mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit der Räuber verurteilte das Gericht den Hauptangeklagten Hugo Euder zu zehn Jahren Zuchthaus, Leske zu sechs Jahren Zuchthaus wegen schweren Raubes. Wegen ebenerlei erhielt die Ehefrau Käthe Euder vier Jahre Gefängnis, Frau Stein, Gustav Foersch drei Jahre Gefängnis, Frau Kramer vier Monate Gefängnis und Bewährungsfrist gegen Zahlung einer Buße von einer Million Mark. Freigesprochen wurden die Angeklagten Stendel, Hoch, Frau Böhberg, Max Krest und Paul Euder.

Der Dollar-Schuldausflug.

Vor einigen Monaten fuhr ein Schüler aus Berlin-Niederschöneweide mit seinen Eltern über den „großen Reich“. Es ist begreiflich, daß ihm keine Klassenkameraden zum Abschied den Wunsch mitgaben: „Werde da drüben bald Millionär und schicke uns ein paar Dollar!“ Dieser Tage traf nun bei dem Lehrer wirklich ein Brief ein mit dem Ersuchen, sich bei einem in Berlin weilenden Amerikaner zwei Dollar abzuholen. Der kleine Niederschöneweider hatte seine Schutzkameraden nicht vergessen und bestimmte das Geld zu einem Schuldausflug. Lehrer und Schüler werden für das Geld nach dem Spreewald fahren.

Ein Röntgen-Institut im Krankenhaus Moabit.

Durch ein Angebot der Firma Siemens u. Halske hat sich der Stadt Berlin Befähigung geboten, die im Krankenhaus Moabit befindliche Röntgen-Abteilung zu einem Institut modernster Art mit gesteigerter Leistungsfähigkeit auszubauen. Die für die Kranken entstehenden Vorteile werden nach Ansicht der leitenden Ärzte sehr erhebliche sein, auch wird das Institut dazu beitragen, das alte Ansehen Berlins als wissenschaftliche Forschungszentrale für die Medizin zu stärken. Der Wert der von Siemens zu liefernden Apparate dürfte heute etwa eine Milliarde Mark betragen. Ferner hat Siemens u. Halske die Verpflichtung übernommen, die aufgegebenen Apparate stets gegen solche nach den Ergebnissen der neuesten Forschung hergestellte auszutauschen. Diese Einrichtung erfordert zur Leitung des Instituts die Anstellung eines auf dem Gebiete der Medizin, sowie auf dem Gebiete der Physik theoretisch

und praktisch erprobten ärztlichen Fachmannes. Der Magistrat hat in einer Vorlage die Stadtverordnetenversammlung um ihre Zustimmung ersucht.

Tagungen verbotener Organisationen.

Eine Warnung an Gastwirte.

Der Polizeipräsident teilt folgendes mit: „Angehörige verbotener Organisationen (z. B. der Deutsch-Völkischen Arbeitspartei, der Proletarischen Hundertschaften usw.) veranstalten häufig trotz des Verbotes Zusammenkünfte in Gastwirtschaften. Der Gastwirt, der kein Lokal zu solchen Zusammenkünften hergibt, legt sich nach § 19 Abs. 2 des Republik-Schulgesetzes schwerer Gefängnisstrafen aus. Außerdem hat er Einbußen im Verwaltungsbetriebe zu gewärtigen. In Zukunft wird der Polizeipräsident von Berlin für jede Gastwirtschaft, die im Verdachte der Duldung verbotener Zusammenkünfte steht, die Polizeistunde auf 7 Uhr abends herabsetzen und unter Umständen auch die Verschlagnahme der Schankräume auf Grund des Schulgesetzes vom 23. Februar 1923 veranlassen.“

Die gefährdete Wucherfreiheit.

Der Bund der Markthallenvereine Berlins und der Verein der Standinhaber der Wochenmärkte fühlte sich bemüht, gestern seine Mitglieder zu einer Protestversammlung nach der Brauerei Friedrichshain einzuberufen. Abgeordneter Holzamer (Wirtschaftspartei) wies sich in seinem Referat gegen den Vorwurf, daß lediglich der Handel die Preise verteuere, und suchte den Nachweis zu führen, daß die Einstellung der Verkäufer auf den Wiederbeschaffungspreis nicht als wucherisch zu betrachten sei. Zu dem eigentlichen Thema des Abends behauptete der Redner, daß die Markt- und Wuchergerichte keineswegs eine Zierde der modernen Rechtspflege, daß sie vielmehr als mittelalterliche Fehmgerichte zu betrachten seien. (Man schenke uns noch mehr solche Fehmgerichte. D. Red.) In der Aussprache kam es zu einem politischen Zusammenstoß, da die Vertreter des Reichsverbandes der ambulanten Händler sehr energisch die Vorwürfe zurückwiesen, die der Vertreter der Wirtschaftspartei gegen die WSPD, und ihre Wirtschaftspolitik erhoben hatte. In einer Entscheidung wurde, dem Zweck der Veranstaltung gemäß, schärfster Einspruch gegen die Einrichtungen der Stand- und Marktgerichte erhoben. Die Herrschaften waren es eben zu lange gewohnt, mit Glacéhandschuhen angefaßt zu werden. Sowie ihnen etwas näher auf die Finger gesehen wird, empört sich das alte Händlertum, das sich den Teufel um die allgemeine Not des arbeitenden Volkes schert, wenn der eigene Profit sich nicht in den Dimensionen der Wuchersphäre bewegt.

Millionendiebstahl bei einem Reichswehroffizier. Reiche Beute fiel Einbrechern in die Hände, die am hellen Tage der Wohnung des Obersten Reichswehrministeriums einen Besuch abstatteten. In der Zeit von 6¼ bis 7 Uhr drangen sie in seine Wohnung, Sächsische Str. 72, ein und rahlten für 20 Millionen Tafelsilber und Schmuckgegenstände verschiedener Art. Auf die Wiederbeschaffung ist eine Belohnung von 2 Millionen ausgesetzt. — In der Emser Straße 24 wurden an demselben Nachmittage zwischen 4½ und 11 Uhr einer Frau Halls und einem Kaufmann Capidos Silbergegenstände mit dem Zeichen S. L. im Werte von 30 Millionen von unbekanntem Eindringern gestohlen.

Ein Paradies für Hausangestellte. Wir brachten in der Nr. 267 einen Artikel „Eigenmächtige Ermission“ monach ein Kaufmann Renning, Grunewald, Augusta-Wilhelmsstraße 90, seinen Gärtner mit den Röheln auf die Straße setzte. Jetzt erfahren wir, daß die Frau dieses „Menschenfreundes“ am Sonnabend, den 9. d. M., zwei Hausangestellte erst verprügelte und dann an die Luft setzte. Die „roßig“ die Hausangestellten dort aufgehoben sind, kann der Leser daraus entnehmen, daß innerhalb acht Wochen genau acht Hausmädchen und Mädchen nachstelen. Der angerufene Schlichtungsausschuss wird hoffentlich diesen Herrschaften zeigen, wie man mit Menschen umzugehen hat.

Genosse Heinrich Wetzelge ist in diesem Monat 25 Jahre Mitglied der Sozialdemokratie. Seit fast 20 Jahren ununterbrochen als Funktionär tätig, wozu ihm im vorigen Jahre Krankheit, seine Funktionen niederzulegen. Jetzt lacht Genosse W., der der 35. Wdt. angehört, in einem Krankenhause Delluna von seinem hartnäckigen Kesseln. Wir wünschen ihm baldige Genesung und Rückkehr in unsere Reihen.

Berufsberatung, Vichoteknik und Berufswahl. Darüber sprechen in öffentlicher Versammlung der Unschiedenen Schulreformer im Werner-Elementar-Realgymnasium, Dohmstraße 47/48 (am Viktorja-Ufer-Kloß), am Dienstag, 12. Juni (heute), 7 Uhr, der Leiter des Städt. Berufsbüros Dr. E. Liebner und die langjährige Berufsberaterin Frau Käthe Bauer u. a. Freie Aussprache folgt. Eltern, Jugendliche, Berufsberater, Lehrer usw. sind dringend eingeladen. Unkostenbeitrag am Eingang.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Etwas wärmer, zeitweise leiser, jedoch überwiegend bewölkt bei ziemlich frühen westlichen bis südwestlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

Groß-Berliner Parteiveranstaltungen.

Beamte und Lehrer in Groß-Berlin!

Sitzung der Bezirksarbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Beamten und Lehrer in Groß-Berlin:

Sonnabend, den 16. Juni, nachmittags pünktlich 4 Uhr, im Jugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof 3 Treppen.

Tagesordnung: 1. Die Durchführung und Organisation der Werkausstellung und die Aufgaben der Bezirksarbeitsgemeinschaft; 2. Wahl des Arbeitsausschusses; 3. Verschiedenes.

Die Bezirksarbeitsgemeinschaft setzt sich zusammen aus: a) den 20 Obmannen der Kreiswerkausstellungen, b) den Obmannen der Bezirkswerkausstellungen, c) den Groß-Berliner Mitgliedern des Reichsbeamtenbundes, d) den Vertretern des Bezirksverbandes.

Da wir das Jugendamt bereits um 6¼ Uhr räumen müssen, bitten wir um bestimmtes pünktliches Erscheinen.

Der Bezirksvorstand.

Für den Kampffonds der WSPD. wurden vom 6. Kreis (Halleisches Tor) aus diversen Ueberbüßen 150 000 M. übermiesen, worüber hierdurch mit bestem Dank öffentlich quittiert wird.

J. K.: H. Page's.

3. Kreis Wedding. Mittwoch, den 13. Juni, 5 Uhr, Fraktionskonferenz der Stadt- und Bezirksverordneten im Ledigenheim 1, Zimmer 122. 6 Uhr: Bezirksversammlung.

Heute, Dienstag, den 12. Juni.

21. Wdt. 7 Uhr. Funktionärskonferenz bei Hühlich, Altehrstr.

Morgen, Mittwoch, den 13. Juni:

- 6. Wdt. Zahlabend in den bekannten Lokalen. Die Bezirksleiter haben ein.
- 11. Wdt. Zahlabend in den bekannten Lokalen.
- 20. Wdt. 7 Uhr. Zahlabend der Gruppen in den bekannten Lokalen.
- 27. Wdt. 7 Uhr. Zahlabend. Des 1. bei Köpcke, Eberstr. 6. Des 2. und 3. bei Köpcke, Eberstr. 10. Des 4. bei Funke, Stragmannstr. 16. Des 5. und 6. bei Köpcke, Wilmersd. 19. Die Funktionäre müssen auf ihren Zahlabend erscheinen.
- 43. Wdt. Zahlabend in den bekannten Lokalen. Bezirke 128, 135, Schule Diefenbachstr. 51. Bezirke 136 und 137, Schule Heilstr. 53.
- 44. Wdt. 7 Uhr. Mitgliederversammlung. Reichsberger Hof, Reichsberger Str. 147, Vortrag über: „Wohlfahrt“ und Jugendpflege in der Stadt Berlin.“ Referent: Eintracht Jahnke.
- 77. Wdt. Schöneberg. 7½ Uhr. Zahlabend: 1. und 2. Weg. Bei Jürgens, Parkcolonnade 5a. Referent: Gen. Hoffmann. 3. Weg. Mittwoch, Martin-Luther-Str. 71, Referent: Gen. Strier. 4. Weg. Bei Witz, Martin-Luther-Str. 60, Thema: „Die Reichsversicherung.“ Referent: Gen. Dr. Friedländer.
- 1. 4. Wdt. Niederschöneweide. Pünktlich 7½ Uhr. Mitgliederversammlung im Ledigenheim der Spandauer, Rudow-er Straße, Thema: „Der Sozialismus von der Utopie zur Wirklichkeit.“ Referent: Stadtrat Seemuth.

